



«Bei tief bleibenden Preisen braucht die Wasserkraft weiteren staatlichen Support»

Beat Rieder, Ständerat

Sie haben durchgesetzt, dass Lottogewinne bis zu einer Million Franken neu steuerfrei sind. Was soll das bewirken?
«Die Ausräumung einer Rechtsungleichheit bei der Besteuerung von Lottogewinnen. Die Schweizer sollen damit wieder vermehrt in der Schweiz spielen statt im Ausland, wo diese Steuerbefreiung schon lange gilt. Das wird den Lotteriegesellschaften mehr Mittel zuspülen, was mehr Geld bedeutet für die Unterstützung von sozialen und kulturellen Werken. Eine komplette Steuerbefreiung hätte den Verlust von 104 Millionen Franken bedeutet. Der Kompromiss minimiert die Steuerausfälle für die Kantone.»

Was wollen Sie als neuer Präsident der Walliser Tourismuskammer in Bern erreichen?

«Wir weisen gegenüber dem Ausland in wesentlichen touristischen Infrastrukturen einen Rückstand auf. Da braucht es verstärkte Anstrengungen. Die Aufforderung an den Bundesrat, eine neue Tourismus-Strategie zu entwickeln, nehme ich als Anstoss, dranzubleiben. Das gilt auch beim neuen nationalen Schneesportkonzept. Hier bevorzuge ich ganz klar dezentrale Lösungen. Bestehende Möglichkeiten sollen stärker unterstützt, nicht neue irgendwo aus dem Boden gestampft werden.»

Die Wasserkraft ist extrem unter Druck. Tut die Politik für diesen Wirtschaftszweig genug?

«Wir haben für die Grosswasserkraft die Marktprämie eingeführt. Das war eine erste staatliche Unterstützung und entspricht einer Förderung von jährlich über 100 Millionen Franken. Der Marktpreisverlust kann damit nur teilweise kompensiert werden. Bleiben die Preise weiterhin anhaltend tief, wird es zusätzliche protektionistische Massnahmen brauchen. Sonst wird die Wasserkraft ihre Schlüsselrolle bei der Energiewende nicht spielen können. Der Bundesrat muss hier bis 2019 neue Modelle vorlegen.»

Wurden in der Unternehmenssteuerreform III bezüglich der vom Ausland unter Druck geratenen Holding-Strukturen die richtigen Mittel gefunden?

«Es galt einen Kompromiss zu finden zwischen dem Erhalt der Steuer-Attraktivität des Wirtschafts-Standortes Schweiz und den drohenden Steuerausfällen. Die getroffene Lösung ist ausgewogen, zumal der Bund den Kantonen entgegenkommt und die Ausfälle reduziert, indem er seinen Beitrag von 20,5 Prozent auf 21,2 Prozent anhebt. Steuerausfälle bei den finanzstarken Kantonen schmerzen nicht nur dort. Sie zeigen negative Auswirkungen auf den Finanzausgleich.»